

HEIME

Bremer Heimaufsicht überlastet mit Regelprüfungen / Träger ignorieren laut Senat Belegungsperren

Die Situation in Bremen spitzt sich weiter zu

In Bremen ist ein heftiger Streit um die Arbeit der Heimaufsicht entbrannt. Patientenschützer monieren, dass Regelprüfungen so gut wie nie stattfinden. Und der Senat beklagt, dass Träger verhängte Belegungsstopps missachten.

Von Steve Schrader

Bremen // Seit Jahren gilt die Personalsituation der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht als angespannt. Die Folgen: Die Heimaufsicht hat in den vergangenen Jahren kaum eine der vorgeschriebenen jährlichen Regelprüfungen durchgeführt. Nach Informationen des „Weser-Kuriers“ geht das aus einer Antwort des Senats auf eine Anfrage der CDU hervor. Im vergangenen Jahr erfolgten dem Bericht zufolge nur zwei von 190 Pflicht-Kontrollen. In den Jahren davor waren es vier beziehungsweise acht. Rund ein Viertel der Heime wurde in den vergangenen zwei Jahren überhaupt nicht kontrolliert.

Gleichzeitig stieg allerdings die Zahl der Fälle, in denen die Heimaufsicht einer konkreten Beschwerde nachging, also eine Anlassprüfung durchführte: Im Jahr 2017 waren es 210, bis Ende Oktober 2019 waren es bereits 220. Der damit verbundene Mehraufwand soll auch ein Grund dafür sein, weshalb viele Regelprüfungen nicht stattfinden können. Sigrid Grönert, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, hält die Situation für „skandalös“. Faktisch gebe es in Bremen die gesetzlich vorgeschriebene Heimkontrolle nicht, sagte sie dem Weser-Kurier.

Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) wies Grönerts Vorwürfe, die Bremer Heime seien unbefaufsichtigt, zurück. Alle 220 Beschwerden seien konsequent verfolgt worden und Mängel bearbeitet und bis zur Androhung von Schließungen verfolgt worden. Dass es immer mehr Beschwerden gibt, liegt laut Stahmanns Sprecher Bernd Schneider auch im anhaltenden Mangel an Fachkräften in der Pflege begründet.

Auch die Zahl der verhängten Belegungsstopps in Bremer Einrichtungen ist gestiegen, wie aus der Anfrage der CDU hervorgeht. Bis zum Stichtag 15. November 2019 wurden in 2019 durch die Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht insgesamt 18 Belegungsstopps verhängt. Im Jahr davor waren es lediglich zehn. Gründe für die Belegungsstopps waren vor allem nicht ausreichend vorhandenes Personal sowie Pflegemängel.

Senat: Träger missachten Anordnungen

Im Fadenkreuz der Kritik des Senats stehen die immer größer werdenden Pflege-Konzerne. So beobachtete die Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht über die Jahre eine kontinuierliche Steigerung von Anordnungen zur Beseitigung von Mängeln. „Sie sieht sich dabei im beratenden, insbesondere jedoch im ordnungsrechtlichen Bereich immer stärker ausgeprägten Widrigkeiten mit den Trägern – und hier insbesondere mit europa- beziehungsweise weltweit agierenden Konzernen – ausgesetzt“, heißt es in der Antwort des Senats vom November. Es sei zudem zu beobachten, „dass Einrichtungen verstärkt dazu übergehen, trotz ausgesprochener Belegungsstopps durch die Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht Anordnungen zu handeln und weiterhin Bewohnerinnen beziehungsweise Bewohner in den betroffenen Einrichtungen aufzunehmen. Rechtliche Auseinandersetzungen zwischen Behörde und Träger werden dabei offenbar billigend in Kauf genommen“.

Senatorin Stahmann ist dennoch überzeugt, dass die Anlassprüfungen Wirkung entfalten und zumindest in



Regelprüfungen der Heimaufsicht finden in Bremen kaum statt.

Foto: Kenishirote/Adobe Stock

Teilen die fehlenden Regelprüfungen kompensieren. Wenn sie aufgrund einer anlassbezogenen Kontrolle eine Einrichtung besuchten, sagte Stahmann, beurteilten die Mitarbeiter der Wohn- und Betreuungsaufsicht auch Abläufe und Dokumentationen der Prozesse insgesamt. „Formal ersetzt eine solche Anlassprüfung zwar die Regelprüfung nicht, faktisch sichert sie aber gleichermaßen die schutzrechtlichen Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner“, ist sie überzeugt.

Den Personalmangel bestreitet aber auch die Sozialsenatorin nicht und plant deshalb eine Aufstockung. Und auch dies verbindet sie mit einer Kritik an den international agierenden Pflegekonzernen. So sei insbesondere deshalb weiteres Personal nötig, „weil die Lage auf dem Pflegesektor mit ihren international operierenden Konzernen immer komplexer wird“. Für den neuen Haushalt 2020/2021 hat das Ressort deshalb den Wunsch nach vier zusätzlichen Mitarbeitern für die Heimaufsicht angemeldet.

Der BIVA-Schutzbund, eine bundesweite Vertretung für die Interessen von Pflegeheimbewohnern, sieht die Entwicklung in Bremen mit großer Sorge. „Anlassbezogene Prüfungen sind aus unserer Sicht kein Er-

satz für die regelmäßigen Kontrollen“, sagt Vorsitzender Manfred Stegger. „Es kann nicht sein, dass eine Prüfung davon abhängt, ob sich ein Betroffener traut, Missstände zu melden. Wir wissen aus unserer Rechtsberatung, dass viele Heimbewohner und ihre Angehörigen aus Angst vor Repressalien stillhalten.“ Zudem liege der Zweck der regelmäßigen Kontrollen auch in einer präventiven Wirkung, damit es gar nicht erst zu Missständen kommt.

Kritik aus den eigenen Reihen

Kritik kommt auch von einem ehemaligen leitenden Mitarbeiter der hessischen Heimaufsicht, Volker Gussmann. „Die zuständige Heimaufsicht ist dem Sozialdezernat unterstellt und somit einem der Kostenträger. Die Bremer Heimaufsicht muss diesem Dezernat entzogen werden, weil hier ein Interessenkonflikt besteht“, fordert er in einer Stellungnahme. Das Sozialdezernat habe gar kein Interesse, Mängel in Pflegeheimen festzustellen. „Eine Heimaufsicht, die dem Sozialdezernat unterliegt, ist praktisch immer in einem Interessenskonflikt. Das Problem haben wir auch in anderen Bundesländern, in denen die Heimaufsichten kommunalisiert sind“, erläutert Gussmann.

NEWTICKER

Pflegekosten: AWO fordert Stärkung der Kommunen

Die steigenden Kosten in der Pflege führen zu einem stetigen Anstieg des Eigenanteils der Versicherten im Pflegeheim. Die steigenden pflegebedingten Kosten allein den Pflegebedürftigen aufzubürden, sei ihnen gegenüber unwürdig. Sie führten auch bei den Angehörigen zu extremen Unsicherheiten, erklärte Brigitte Döcker, Mitglied des AWO-Bundesvorstandes. „Und auch rein rechnerisch ist die bisherige Regelung nicht sinnvoll: Die Haushalte der Kommunen, die die Kosten aus der Sozialhilfe übernehmen, werden weiter belastet. Die Entlastung der Kommunen war aber ein Gründungsmotiv für die Pflegeversicherung. Wir müssen die Kommunen darin stärken, den Aufbau und die Finanzierung ihrer Struktur, Bedarfsplanung und Unterstützungsstruktur vor Ort zu gewährleisten“, so Stöcker weiter. Die Bundesländer wiederum müssten zukünftig die Investitionskosten übernehmen.

Tagesmütter betreuen Kinder von Mitarbeitern im Heim

Im österreichischen Ulrichsberg sind seit Beginn des Jahres im Bezirksalten- und Pflegeheim Ulrichsberg an zwei Tagen in der Woche Tagesmütter im Einsatz, die die Kinder der Mitarbeiter betreuen. Das schreibt das Lokal-Magazin tips.at. Demnach gibt es für die Kinderbetreuung eigene Räumlichkeiten. Heimleiter Christian Wagner ist begeistert und wird von tips.at wie folgt zitiert: „Die Kinder bringen neues Leben in unser Heim, das genießen unsere Bewohner.“ Der Sozialhilfeverband Rohrbach hat laut des Beitrags in Kooperation mit dem Verein Tagesmütter OÖ und dem Land OÖ nach intensiver Vorbereitung dieses Angebot für seine Mitarbeiter geschaffen. „Der Beruf muss mit der Familie gut vereinbar sein“, wird Obfrau Wilbrig Mitterlehner zitiert.

Argentum Pflege Holding übernimmt DPUW

Die 2018 von dem ehemaligen Charleston CEO Alexander Bart gegründete Argentum Pflege Holding GmbH hat die Deutsche Pflege und Wohnstift GmbH übernommen und tritt damit in die Riege der Top 30 Pflegeheimbetreiber 2020 ein. Das schreibt der Branchendienst pflegemarkt.com. Argentum hatte im Laufe der letzten zwei Jahre mehrere Pflegeheime übernommen. Im November 2019 sei die Übernahme der DPUW Deutsche Pflege und Wohnstift GmbH eingeleitet worden. Dieser wurde nun stattgegeben, schreibt pflegemarkt.com weiter. Zuvor gehörte die DPUW zur Armonica. Die Argentum Gruppe betreibt in Deutschland 14 Einrichtungen mit ca. 3 000 Pflegeplätzen in den Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Berlin.

Interview mit Reinhard Leopold, Regionalbeauftragter BIVA-Pflegeschutzbund Bremen**// Die Kriegskassen sind gut gefüllt //**

Interview: Steve Schrader

Herr Leopold, der Bremer Senat begründet die geringe Anzahl an Regelprüfungen mit der immer weiter steigenden Zahl an Anlassprüfungen. Reicht das aus?

Nein. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kontroll- und Aufsichtsbehörden, gesetzliche Vorgaben einfach nicht erfüllen, nur weil ihnen das dazu notwendige Personal fehlt. Fakt ist, dass viele pflegebedürftige Menschen nicht in der Lage sind, sich zu beschweren. Hinzu kommt ihre Angst, dass sie nach einer Beschwerde zusätzliche negative Folgen zu spüren bekommen. Das, was an Beschwerden bei der Heimaufsicht tatsächlich gemeldet wird, ist also nur ein Bruchteil dessen, was in der Realität an Mängeln zu beklagen ist. Vor die-

sem Hintergrund sind unangemeldete Regelprüfungen nicht nur sinnvoll, sondern unabdingbar!

Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe für die steigende Zahl von Anlassprüfungen?

Zwei wesentliche Gründe sind die nicht ausreichende Anzahl von Pflegefachkräften und eine zunehmende Sensibilisierung der pflegebetroffenen Menschen. Bei allem Verständnis für die Nöte der Menschen, die in Pflegeeinrichtungen arbeiten, ist es nicht hinnehmbar, dass die unbereitbar vorhandenen Probleme zusätzlich zu Lasten der pflegebetroffenen Menschen gehen.

Auch die Zahl der verhängten Belegungsstopps steigt. Doch offenbar ohne Folgen. Im Bericht des**Senats heißt es, dass Einrichtungen verstärkt dazu übergehen, trotz Belegungsstopps weiterhin Bewohner aufzunehmen. Wie bewerten Sie das?**

Für manche Einrichtungsträger scheint es der einfachste Weg zu sein, zunächst die Vorgaben der Behörden zu ignorieren und es auf eine rechtliche Auseinandersetzung ankommen zu lassen. Während dessen können sie weiterhin die Einnahmen generieren. Wenn es dann tatsächlich irgendwann ankommen zu lassen, können sie weiterhin die Einnahmen generieren. Wenn es dann tatsächlich irgendwann ankommen zu lassen, können sie weiterhin die Einnahmen generieren. Wenn es dann tatsächlich irgendwann ankommen zu lassen, können sie weiterhin die Einnahmen generieren.



Reinhard Leopold

Foto: Jörg Sarbach

mentberatern überlassen. Bei festgestellten gravierenden Mängeln würde es zudem deutlich schneller zu Verbesserungen für die pflegebedürftigen kommen können, wenn deren zeitnahe Beseitigung mit knapper Fristsetzung angeordnet und bei Nichterfüllung hohe finanzielle Sanktionen durchgesetzt werden würden. Das würde zu Lasten angestrebter Gewinne und Renditen gehen und deshalb für zügigere Beseitigung der Mängel sorgen.